

Der Autor zeigt, was man aus der Krise von 1929 hätte lernen können. Er verschweigt aber auch nicht, dass der Blick in die Vergangenheit nicht immer hilft: Die Finanzkrise von 1929 war eine Bankenkrise, in der die Banken vom Abzug der Einlagen der Sparer betroffen waren. Die regulatorische Antwort darauf war die Bankenüberwachung und die Einlagensicherungen für die Kleinanleger. Die Finanzkrise von 2008 war hingegen eine Interbankenkrise sowie eine Krise der Schatzenbanken mit ihren Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Geldmarktfonds. Die regulatorische Antwort darauf musste eine andere sein und eine Stärkung des Eigenkapitals, eine Überwachung aller Finanzmärkte sowie die Rückkehr zur Haftung für private Entscheidungen beinhalten. Die Entscheidungsträger jeder Generation sind jedoch geprägt von den Erfahrungen ihrer eigenen Lebenszeit, nicht von den Erfahrungen aus weiter zurück liegenden Krisen, die sie, wenn überhaupt, nur aus zweiter Hand kennen. Daher kommt es regelmäßig zu der

von Reinhart/Rogoff in ihrem Standardwerk zu Finanzkrisen beschriebenen irrigen Vermutung „This Time is Different“, die ihrem Buch den Titel gegeben hat. Im vorliegenden Fall hat das erfolgreiche Vermeiden von größeren Finanzkrisen in den 60 Jahren der Nachkriegszeit das Sensorium für Risiken und die potentielle Instabilität von Finanzmärkten verloren gehen lassen. So barg die erfolgreiche Bekämpfung einer Krise, 1929–33, bereits den Keim des Entstehens der nächsten Krise, 2007–08, in sich.

Wenngleich die USA im Zentrum der Ausführungen stehen, so findet doch auch Europa die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Besonderes Augenmerk richtet der Autor auf den Euro und die Länder der Eurozone. Kompromisslos formuliert er (Seite 473): „Der größte Fehler, die richtigen Lehren aus historischen Erfahrungen zu ziehen, war mit Sicherheit die Entscheidung, den Euro einzuführen.“

Freilich bleibt die Frage, was geschehen wäre, wenn man den Euro nicht eingeführt hätte. Die Bundesbank, eine deutsche Institution, hätte de facto die Geldpolitik in Europa gemacht. Hätte das der Europäischen Solidarität auf Dauer gut getan? Oder: Welche bedenklichen Entwicklungen im Eurogebiet nach 2007/08 sind Folge der gemeinsamen Währung und welche haben mit der gemeinsamen Währung nichts zu tun? Schließlich: Hätten die Euroländer die Erfordernisse einer gemeinsamen Währung, die sie nun schmerzlich erfahren, überhaupt auf andere Weise erlernen können?

Summa Summarum: Ein gelehrtes, höchst lesenswertes Buch. Die Frage „Lernen wir aus der Wirtschaftsgeschichte?“ wird entschieden bejaht, die Frage „Wird uns das vor zukünftigen

Summa Summarum: Ein gelehrtes, höchst lesenswertes Buch. Die Frage „Lernen wir aus der Wirtschaftsgeschichte?“ wird entschieden bejaht, die Frage „Wird uns das vor zukünftigen Krisen bewahren?“ ebenso entschieden verneint. Letzteres ändert freilich nichts daran, dass mit „strebendem Bemühen“ zukünftigen Krisen vorgebeugt werden muss. Dass das hier vorliegende Werk dazu einen wichtigen Beitrag leistet, steht außer Zweifel.

Krisen bewahren?“ ebenso entschieden verneint. Letzteres ändert freilich nichts daran, dass mit „strebendem Bemühen“ zukünftigen Krisen vorgebeugt werden muss. Dass das hier vorliegende Werk dazu einen wichtigen Beitrag leistet, steht außer Zweifel.

Einer uneingeschränkten Empfehlung steht jedoch entgegen, dass die deutsche Übersetzung arg zu wünschen übrig lässt. Es gibt erhebliche Mängel:

Die „Terms of Trade“ eines Landes, also das Preisverhältnis zwischen seinen Export- und Importgütern, werden als „Handelsbilanz“ fehlinterpretiert (Seite 50). Über die EZB heißt es (Seite 457): „2010 kam sie irrtümlich zu dem Fazit, eine Erholung sei auf dem Weg, und begann mit ungewöhnlichen monetären Maßnahmen.“ Tatsächlich heißt es bei Eichengreen richtig, dass sie damals – umgekehrt – mit dem „Phasing Out“ dieser Maßnahmen begann. Auf Seite 459 heißt es im Zusammenhang mit der Eurokrise: „Die Regierungen der Niederlande und Griechenlands revoltierten

gegen eine Ausdehnung der finanziellen Hilfsmaßnahmen.“ Im englischen Original ist richtigerweise von den Niederlanden und Finnland die Rede. Eine „beggar-thy-neighbor policy“, wie es in der englischen Fassung heißt, ist keine Politik, die „den Nachbarn anbettelt“ (Seite 473), sondern – im Gegenteil – eine Politik, die den Nachbarn an den Bettelstab bringt usw. Dazu passt, dass das Literaturverzeichnis in der deutschen Version fehlt. Was etwa soll der Leser mit einer Literaturquelle wie „Borchardt (1991)“ auf Seite 173/525 anfangen? (khs)

Marcel Fratzscher: Die Deutschland-Illusion. Warum wir unsere Wirtschaft überschätzen und Europa brauchen. Hanser-Verlag München 2014, 277 Seiten, fester Einband, ISBN 978-3-446-44034-0. € 19,90

Marcel Fratzscher, PhD, 44, hat in Kiel, Oxford, Cambridge/USA, und Florenz Ökonomie, Politik und Philosophie studiert, in Washington und Djakarta als Ökonom gearbeitet, bei der EZB zehn Jahre lang, zuletzt als Abteilungsleiter, verantwortliche Positionen bekleidet, bevor er 2013 als Präsident an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Berlin, berufen wurde. Zugleich ist er an der Humboldt-Universität Berlin als Professor für Makroökonomie tätig.

Vom Autor eines solchen Lebenslaufes verspricht man sich einen kenntnisreichen, volkswirtschaftlich geschulten Blick auf unser Land mit einer globalen, europäischen und nationalen Perspektive.

Diese Erwartung wird nicht enttäuscht.

Fratzscher legt hier ein eigenwilliges, erhellendes, auch Widerspruch provozierendes, aber immer anregendes Buch über Deutschlands Wirtschaft und Wirtschaftspolitik vor. Er hält das Buch frei von formalen akademischen Usancen wie Fußnoten und Literaturverzeichnis. Das macht es gut lesbar. Gelegentlich führt es aber auch zu Unklarheiten darüber, wer denn nun die von ihm behaupteten, vermeintlichen Irrtümer begeht. Das ist aber letztendlich auch nicht so wichtig, und der Kenner weiß ohnehin, welcher Münchner Ökonom gemeint ist.

Deutschland unterliege, so die These des Buches, drei Illusionen: (1) Eine positive wirtschaftliche Zukunft sei gesichert. (2) Deutschland brauche Europa und den Euro nicht. (3) Europa sei nur auf Deutschlands Geld aus.

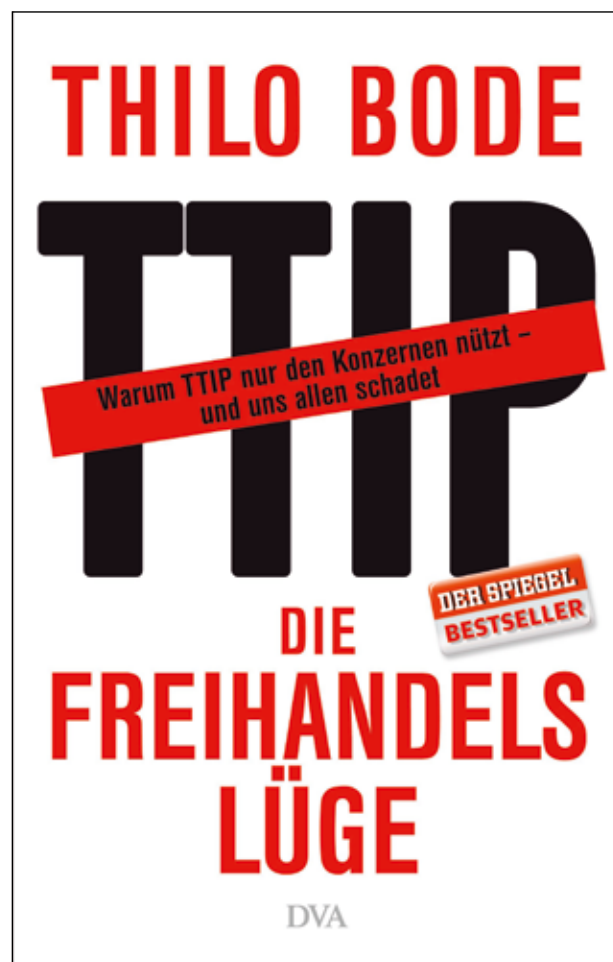
Ob „Deutschland“ diese Illusionen tatsächlich hegt, sei einmal dahin gestellt. Aber dass im Hinblick auf alle drei Bereiche kompetente Aufklärung willkommen ist, wird man nicht bestreiten können.

(1) Die jüngere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland werde, so der Autor, als sehr erfolgreich wahrgenommen. Deutschland erfreue sich eines wahren Beschäftigungswunders, sei Exportweltmeister und verfüge über eine im internationalen Vergleich beneidenswerte Lage seiner öffentlichen Haushalte. Dies sei nicht zuletzt einer ausgezeichneten Wirtschaftspolitik zu verdanken, die über die Hartz-Reformen, Lohnzurückhaltung und Haushaltsdisziplin diese Erfolge ermöglicht habe. Bei Beibehaltung dieser Politik seien die Weichen auch für eine positive Zukunft gestellt.

In den Wein dieser Erfolge gießt Fratzscher nun viel Wasser. Sein Haupteinwand betrifft den Mangel an Investitionen. Er weist zu Recht darauf hin, dass sowohl die privaten wie auch die öffentlichen Investitionen in Deutschland im weltweiten Vergleich und sogar im europäischen Vergleich seit Jahren beklagenswert niedrig liegen. Nach seinen Berechnungen beläuft sich die seit 2000 aufgelaufene Investitionslücke auf ca. 80 Mrd. € oder 3% am BIP. An den Zahlen gibt es wenig zu deuteln. Die Unternehmen investieren zwar, aber nicht im Inland. Bund, Länder und Kommunen investieren nicht, jedenfalls nicht ausreichend. Man braucht keine Statistik zum Beleg seiner These. Es genügt ein Blick auf unsere Straßen, die Bahn, die Brücken, das Aussehen der öffentlichen Schulen und Hochschulen. Der Investitionsmangel von heute ist aber der Produktions-, Beschäftigungs- und Wohlstandsmangel von morgen. Insofern ist Fratzscher voll und ganz zuzustimmen, wenn er schlussfolgert, dass Deutschland über seine Verhältnisse lebt: Es verzehrt den Kapitalstock, der die Quelle seines Wohlstands ist.

Fratzscher diagnostiziert drei Bereiche mit hohem Investitionsbedarf: Verkehr, Bildung und Energiewende. Auf diesen Feldern müsse die Wirtschaftspolitik initiativ werden, und er gibt eine ganze Reihe von konkreten Hinweisen, was zu tun sei. All dem kann man nur zustimmen.

(2) Braucht Deutschland Europa und den Euro? Fratzschers Antwort auf beide Fragen ist ein uneingeschränktes Ja. Wenngleich man zum zweiten Teil der Frage, insbesondere mit Blick darauf, was der im Maastricht-Vertrag beschlosse-



ne Euro noch mit dem heute praktizierten Euro zu tun hat, sicherlich auch eine etwas skeptischere Sichtweise vertreten könnte, wird man dem Kern seiner Argumente für den Euro zustimmen können.

(3) Will Europa nur an Deutschlands Geld? So entschieden Fratzscher Frage (2) bejaht, so entschieden verneint er Frage (3). Eine unvoreingenommene Betrachtung der direkten und indirekten Maßnahmen zur Rettung des Euro ab 2010 macht es allerdings schwer, ihm uneingeschränkt zu folgen. Den Mitgliedsländern des Euro war bei seiner Einführung versprochen worden, dass kein Land für die Schulden eines anderen haftet. Das gilt heute nicht mehr. Die EZB ist als eine Institution geschaffen worden, die Geldpolitik, nicht aber Umverteilungspolitik zwischen den Mitgliedsländern betreibt. Auch das gilt heute nicht mehr. Der Versuch, für die Bankenunion Zugriff auf die Einlagensicherung der deutschen Sparkassen und Raiffeisenbanken zu erhalten, ist noch gut in Erinnerung und die Forderungen nach Vergemeinschaftung der Schulden ist auch nicht gerade ein Beleg für die Abwegigkeit des „Ja“. Stark ist Fratzscher, wenn er die Politik der EZB erklärt. Man findet nicht viele Stellungnahmen, die ihre Politik so kompetent für deutsche Leser interpretieren – und rechtfertigen. Natürlich atmet nach seiner zehnjährigen Tätigkeit in der EZB die Würdigung der EZB-Politik den Spirit des Hauses. Aber Fratzschers wissenschaftliche Kompetenz ist groß genug, die Geldpolitik der EZB und ihre Eurorettung nicht durch die EZB-Brille sondern als Ergebnis eigener wissenschaftlicher und politischer Erkenntnis zu rechtfertigen.

Der Autor unternimmt den – originellen – Versuch, Deutschland als einen Gewinner der EZB-Politik darzustellen. Insgesamt gesehen gelingt ihm das zwar nicht, aber er trägt bedenkenswerte Argumente vor. Insbesondere wirkt seine Frage nach, ob, wenn nicht die EZB die Rettung des Euro übernommen hätte, der politische Wille, den Euro unbedingt zu erhalten, zur Folge gehabt hätte, dass Eurobonds hätten eingeführt werden müssen und eingeführt worden wären, um die Panik der Investoren 2012 zu stoppen. Da hat er wohl recht.

Im vierten, abschließenden Kapitel des Buches entwickelt Fratzscher eine Perspektive für den Fortgang der europäischen Integration und die Rolle, die Deutschland dabei spielen sollte. Nur durch eine Vertiefung der Integration, einen Integrationsprung, sieht er den Euroraum als dauerhaft überlebensfähig an. Elemente dieser Vertiefung müssten seines Erachtens sein: Eine zumindest teilweise Vergemeinschaftung von Altschulden, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, ein Schuldenschnitt für Griechenland, eine europäische Wirtschaftsregierung mit Durchgriffsrecht auf die nationalen Haushalte und mit Sanktionsrechten bei fiskalischem Fehlverhalten, ein europäisches Budget mit eigener Steuererhebungshoheit und

eigener Verwendungskompetenz über die Steuermittel. All diese Reformen bedürften der demokratischen Fundierung durch einen insoweit über den Maastricht-Vertrag weit hinausgehenden neuen Europa-Vertrag. Die No-Bail-Out Klausel sollte wieder Geltung erlangen, der Herrschaft des Rechts wieder Folge geleistet werden. Deutschland sollte in der Umsetzung dieser Reformen die treibende Kraft sein.

Zu befürchten ist aber wohl eher eine Vertiefung, bei der Schulden und Versicherungen vergemeinschaftet werden und fiskalisches Fehlverhalten weiterhin nicht sanktioniert wird. (khs)

Thilo Bode: Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet. Deutsche Verlags-Anstalt 2015, 270 Seiten, geb. m. SU, ISBN 978-3-421-04679-6. € 14,99

Thilo Bode, 68, Soziologe und Volkswirt, Dr. rer. pol., war zunächst Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, sodann von Greenpeace International. Anschließend gründete er die Verbraucherorganisation Foodwatch, die er bis heute leitet. Die vorliegende Streitschrift handelt von TTIP, der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, dem geplanten Abkommen zwischen der EU und den USA über Handel und Direktinvestitionen.

Dass gerade die EU-Länder und die USA ein solches bilaterales Abkommen anstreben, ist keine Überraschung: Zum ersten stocken die multilateralen Handelsliberalisierungen der WTO seit geraumer Zeit, zum zweiten gewinnt der Investitionsschutz mit dem schon seit vielen Jahren überproportional hohen Wachstum der Direktinvestitionen gegenüber den Exporten zunehmende Bedeutung, und zum dritten verfügen die EU-Länder und die USA über die beiden größten Binnenmärkte der Welt, sodass wechselseitige Liberalisierungen quantitative wohlfahrtssteigernde Effekte erwarten lassen.

Letzteres sehen freilich nicht alle so. Einer der vehementesten Kritiker von TTIP ist Bode. Nach dem Titel seines Buches schadet TTIP „uns allen“. „Uns allen“ wohl nicht ganz, denn den Konzernen nützt es seiner Meinung nach ja. In den deutschen Großunternehmen – „Konzerne“ klingt freilich, Antipathie schürend, „besser“ – gibt es ca. 10 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in den KMU etwa 15 Mio. Diesen 10 Mio. von „uns allen“ nützt TTIP bei Löhnen, Arbeitsplatzsicherheit und Aufstiegschancen wohl ebenfalls, wenn es ihrem Arbeitgeber besser geht. Ferner zahlen, entgegen manch landläufiger Meinung, Konzerne auch Steuern. Wenn sie, weil ihnen TTIP ja nützt, mehr Steuern zahlen als ohne TTIP, brauchen „wir alle“ weniger zu zahlen. Ob „uns“ das schadet?

Das Buch artikuliert vehement die Bedenken von Marktskeptikern, Umweltschützern, Verbrauchergruppen und Arbeitnehmervertretern gegen TTIP. Darin liegt sein Verdienst. Die Vorteile des Abkommens werden nicht oder nicht gebührend wahrgenommen.